

Berliner Börsen-Zeitung

73. Jahrgang.

Sonntag, 8. Januar 1928

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börsen, die Steuerpraxis, Pragis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte übernimmt unter Beilage keine Verantwortung. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beläge sowie „Kunst Welt Wissen“ mit Roman. Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht berücksichtigt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 8, Kronenstr. 37

Verantwortlich: **Herrmann**

Verleger: Carl Schmidt, Berlin SW 11, Köpenicker Straße 112

Druckerei: Carl Schmidt, Berlin SW 11, Köpenicker Straße 112

Postfach-Konto: Berlin N. 20412

Alle in Galte höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Beisitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts.

Die Hege gegen die Justiz.

Mittweiser Beitritt und der Oberrechtsanwalt.

Mittweiser Beitritt, die unüberprüfbar geworden sind, hat der Oberrechtsanwalt den früheren deutschen Richtern Beitritt verweigert und hat gegen ihn Klage wegen Landesverrats erhoben. Mit Teilnahm liegen der Verurteilung Vorwürfe aus dem Jahre 1919 vor, die sich im Wesentlichen gegen die Weimarer Verfassung richten. In jenem Jahre hat Mittweiser Beitritt der „Rechtlichen Rundschau“ beigetreten, die der leitenden Redaktion Hermanns unterstand. Mittweiser Beitritt hat auf leitender Stelle gestanden. Es ist offenbar der Ausgangspunkt des jetzt angehängten Landesverratsverfahrens. Das Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit, und nennt das Vorgehen des Oberrechtsanwalts ein „Rechtsstück der Landesverratsverurteilung“. Das Wort weist dem Oberrechtsanwalt ferner vor, er „schlechte die deutschen außerpolitischen Interessen ebenso, wie einst jene Büchlerin und Weitzer, die den Beitritt in fremder Zeit in fremder auswärtiger Kommunikation verweigert haben“. Wie nehmen an, daß der Oberrechtsanwalt sich selbst gegen diesen Vorwurf vertheidigen wird. Auch die Weimarer Verfassung des Beitritts Beitritt ist unvollständig und gleichgültig. Bekannt ist nur, daß er zu einer Zeit, in der Leitende auf eigenen deutschen Reichstag war und den Deutschen in Österreich gegenüberstand, den leitenden Hauptgruppen angehört hat. Der letzte Vorwurf an seine persönliche und nationale Ehre wird geltend gemacht, wenn das Reichstag vor der Veröffentlichung seinen Namen genommen haben wird. Das führende Organ der Sozialdemokratischen Partei wird dem Oberrechtsanwalt vor, er habe sich von einer „Mittweiser chemischer Landverrat“ in Bewegung setzen lassen, um Beitritt zu verweigern. Wie wollen zunächst nur feststellen, daß die „Rechtlichen“, die „Büchlerin und Weitzer“, die „Landverrat“, von denen das sozialdemokratische Weltgericht, eine Gruppe waren, die von der sozialistischen Bewegung zur Verurteilung der Weimarer Verfassung eingesetzt war, und deren Verhalten in der Verhandlung von Versailles eine erhebliche Rolle spielte — ganz abgesehen davon, daß die Erhaltung der Weimarer Verfassung zum großen Teil ihr zu verdanken ist.

Neuer Meistfall der Linkspresse.

Die Linkspresse sucht, wie wir in diesen Tagen mehrfach festgestellt konnten, Transport nach Antänen, um die deutsche Reichspresse anzuklagen und das Verbrechen der Nichterkenntnis nachzuweisen. Ein weiteres typisches Beispiel dafür ist die folgende Episode:

Kürzlich fand in Berlin unter dem Vorsitz des Landesgerichtspräsidenten Großne die Gerichtsbesprechung statt, bei der die Reichsgerichtspräsidenten des Reichsoberverwaltungsamts gegen die Reichspresse der „Rechtlichen“ zugrunde lag. Während der Verhandlung erlang aus dem Justizministerium ein von Staatsminister Hofmeister freigelegter Brief. Mit dem Wort „denn dem“ betonte der Vorsitzende die Entfernung des Justizministers aus dem Saal. In einleitender Empörung stellte die gesamte Linkspresse fest, der Justizminister sei ein armer Kleingeldbesitzer gewesen, ein bauerntümlicher Krüppel, dem gegenüber die Verhandlungsnote des Landesgerichtspräsidenten Großne eine besondere

Keine Basis für weitere französisch-amerikanische Verhandlungen.

Washington, 7. Januar.

Zu dem heute veröffentlichten Text der Antwort Brändis auf den Kriegsgerichtsbescheidungs Bescheid ist von amtlicher Stelle kein weiterer Kommentar abgegeben worden, außer einer nochmaligen Bestätigung des gestern gemachten Standpunkts, daß der Begriff „Waffenspiegel“ nicht definiert werden könne und Brändis einfarbender Betrag Gegenüberstellung habe keine Basis für weitere Verhandlungen. Insofern wird man sich auch mit der Antwort nicht befassen.

Gedämpfter französischer Trommelklang zum Kriegspakt.

„Blunder und Gaffe.“

Paris, 7. Januar.

Über die gestern dem Staatssekretär Kellogg überreichte Note vertritt der „Temps“, die französische Antwort enthält keinen Zweifel hinsichtlich des Grundgedankes des amerikanischen Vorgesetzten; die entsprechende allen in dem und anderen Worten übernahmene Verpflichtungen, so daß nicht einvernehmlich besprochen werden können die seitlichen Verhandlungen des Krieges und den von dem meisten Staaten herüber abgenommenen Verpflichtungen. In dieser Hinsicht, die sich gegen jeden Angriffsfriede richtete, ist nicht, was man dem entgegnete, was in dem und anderen Hinsicht vertrieben worden sei als Verpflichtung des Krieges und des Abwehrens des Abwehrmaßnahmen. Wenn es sich im Laufe der Verhandlungen als unmöglich herausstellen sollte, gewisse Punkte genau zu unterscheiden, um jeden Mißverständnis vorzubeugen und diese französisch-amerikanische Initiative vollkommen in Einklang zu bringen mit dem, was auf diesem Gebiet endgültig erzielt ist, und keinesfalls wieder zur Verhandlung gestellt werden könne, dann könne man sich auf die verfahrensweise Zusammenarbeit der beiden Regierungen verlassen, in welcher Hinsicht die notwendige Verständigung vorzunehmen.

Das „Journal des Débats“ nennt die von der Regierung in Washington vorgelegene Formel, den Krieg nicht zum Aufbruch der nationalen Selbstbestimmung, eine ziemlich neue Formel und die neue Formel Brändis als im Einklang stehend mit den Beschlüssen im Waffenspiegel angenommen. Das Wort schreibt: Die Regierungen und die Völker — das haben wir bei der Erörterung über das Protokoll vom Januar 1924 bereits festgestellt — sind noch nicht reif für einen so großen Schritt im internationalen Leben, in den Vereinigten Staaten noch weniger als anderwärts. (2) Das hat man vier hundertjährige Kämpfe, nämlich das Wappentage im Interesse der Freiheit Europas, die Weimarer, in Aussicht genommen, die die Vereinigten Staaten nicht zurücklassen, das auf eine weitere Entwicklung der Vereinigten Staaten es zu fordern seien, und schließlich den Wunsch, als Schwärzler in den anderen Streitfällen auftreten zu können. Das Wort glaubt, daß Kellogg nicht sofort auf Brändis Vorwürfe eingehen

werde, da er Zeit gewinnen wolle, während Brändis sich so rasch wie möglich zu einem Ergebnis gelangen möchte.

Die nationale „Liberté“ empfand eine gewisse Scham, daß durch die Note Brändis der Waffenspiegel vorläufig ein wenig in die Ferne gerückt werde, und sah im Urteil wie folgt zusammen: Zeitlich wird diese ganze Geschichte von der Serkennung des Krieges auf das hinauslaufen, was man in England einen „Blunder“ und in Frankreich eine „Gaffe“ nennt.

Basers „Friedensplan“.

Newhaven (Connecticut), 7. Januar.

Newton Baker, der Kriegsminister des Republikanischen Wilson, schlägt in „The Daily News“ ein gemeinsames Programm für alle Friedensfreunde vor, nämlich die Vertiefung Amerikas am Weltgerichtshof, seine Zusammenarbeit mit dem Waffenspiegel und den übrigen von Verträgen mit den europäischen Ländern nach dem Waffenspiegel von Brändis. Die Vereinigten Staaten sollen eine Erklärung ähnlich der Monroe-Deklaration erlassen, daß Amerika im Falle des Krieges zwischen zwei Waffenspiegelmitgliedern nicht auf seine Neutralität bestehen und mit dem als Angreifer besiegten Lande seinen Handel treiben würde. Eine solche Zusammenarbeit mit dem Waffenspiegel würde eine Allianz mit einer feindlichen Verletzung in europäischen Angelegenheiten bedeuten.

Die russisch-japanische Annäherung.

TU Kowno, 7. Januar.

Die aus Warschau gemeldet wird, erklärte der aus Brändis eintrüben Baron Goto der Telegraphen-Oper der Convention, daß er mit seiner Reise in der Convention zufrieden sei. Seine Bemühungen würden ohne Zweifel nicht ohne Erfolg für die Annäherung zwischen Japan und Brändis bleiben. Goto machte Goto dem Vorkommnisse feststellen einen Mißverständnis, daß einem heute abend gegebenen Mißverständnis zu Ehren der Delegation, an dem die diplomatische Korps teilnehmen soll, wird die Delegation am Sonntag Kowno verlassen.

Vom Himmel gefallen?

TU Budapest, 7. Januar.

Die italienische Gefandtschaft in Budapest teilt mit, es sei ausgeschlossen, daß die Befehlsnamen gegen Gotschard-Offizieren von Italien kommen. Im Verzeichnis der italienischen Handelsattachés in Budapest kommt die Hermanns Firma gar nicht vor (1), die im Handelsverzeichnis als Abnehmer angegeben wurde.

Frankreich öffnet die Archive.

Eine G. m. b. H. zur Verhütung einer großen Blamage.

Von Alfred von Wegener.

Die in der französischen Presse überbestimmten mitgeteilt werden ist, hat sich Frankreich nunmehr wirklich entschlossen, die Archive des Canal d'Océan zu öffnen und die amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges herauszugeben. Man wollte die Werbung zuerst gar nicht glauben, da ähnliche Mitteilungen sich früher oder nachträglich als falsch herausgestellt hatten. Aber diesmal scheinen es die Franzosen wirklich ernst zu meinen. Dies geht schon daraus hervor, daß sich die Namen der Verantwortlichen genannt werden, die von der französischen Regierung mit der schwierigen Aufgabe beauftragt worden sind. Während man in Deutschland und Großbritannien für die gleiche Aufgabe nur wenige Sachverständige bestimmt hätte, die an der Vermeidung des Weltkrieges unbeeinträchtigt waren und vorher auch unangesehen waren, die Ausnahm der Veröffentlichung der Dokumente entscheiden konnten, läßt Frankreich eine 44 Mann starke Kommission aufmarschieren. Gegen die große Zahl wäre an sich nichts einzuwenden. Im Gegenteil, man wird gerade sagen, daß das große Aufgebot von Sachverständigen beweist, wie ernst und gründlich die Franzosen die Aufgabe auffassen. Wenn wir uns aber die Mitglieder der Kommission näher ansehen, springt sofort in die Augen, daß man hier Persönlichkeiten ausgewählt hat, die schwerlich das nötige Maß von Objektivität mitbringen. Natürlich kommt noch hinzu, daß diese vorangewählten Mitglieder der Kommission ihren nicht am Ausdruck des Weltkrieges aktiv beteiligt gewesen Kollegen es erwidern, ihre Arbeit frei von jeder unerbittlichen Beeinflussung durchzuführen. Es soll aber nicht unsere Absicht sein, über alle Mitglieder der Kommission, die unserer Erzählung vorangewählt sind, ein entsprechendes Urteil abzugeben, sondern wir wollen uns darauf beschränken, nur einige der bekanntesten französischen Diplomaten aufzuführen, denen wir die Qualifikation absprechen müssen, bei der Herausgabe der französischen Aktenveröffentlichung über den Ausdruck des Weltkrieges entscheidend mitzugewinnen.

Unter den 18 Diplomaten, die der Kommission

Die Linkspresse hat sich mit ihrer Hege gegen den Richterstand. Die tote Großmutter ist fast Selbstmord mit dem Gedanknis auf dem Sterbort liegt und hat niemals ein Gebändnis abgelegt, und der Kriegsfeld hat zur Zeit des Krieges noch die jetzt hat des Gedankens geformt. Aber wir sind keineswegs so optimistisch zu glauben, daß diese kleinen Enttäuschungen die Linkspresse in ihrer Hege gegen den Richterstand und gegen die Justiz irremachen könnten: die Wollen werden sich weiter bewegen.

Neuzeitliche Telefon-Anlagen für jeden Betrieb mit den modernen, technisch aufs Höchste vervollkommenen

Siemens Fernsprechern

vermietet die Telefon G. m. b. H.

Berlin SW 68, Zimmerstr. 72/74 * Anruf: Dönhoff 8140/43

Ob Sie nur zwei Apparate oder eine automatische Fernsprechanlage brauchen, unsere sachmännliche geschulten Beamten werden Sie mit gleicher Sorgfalt unerbittlich und kostenlos beraten


